

gesagt, ein hohes Interesse daran behalten oder wiederfinden, daß ihre Ärzte niemals der *Tötung des Menschen durch den Menschen* zustimmen, sich dem menschlichen Leben grundsätzlich verpflichtet fühlen und sich kein Urteil über den Lebenswert menschlichen Lebens anmaßen.

*HK:* Wenn es nach dem Willen des Gesetzgebers ginge, wäre das Gesetz bereits am 21. Juni voll in Kraft getreten. Es fehlt also eine Übergangszeit für notwendige Vorsorge-maßnahmen. Sind solch kurze Fristen für die Realisierung eines solchen Gesetzes nicht recht problematisch?

*Hepp:* Wir Ärzte hätten es sehr begrüßt, wenn ähnlich

wie in Österreich zwischen Verabschiedung und Inkrafttreten des Gesetzes eine längere Zeitspanne von mindestens sechs Monaten für die Organisation der Realisierung der Fristenregelung eingeplant worden wäre. Bekanntlich wurde in Österreich das neue Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch, der gleichfalls eine Fristenregelung vorsieht, bereits im Januar 1974 mit einer ebenfalls knappen Mehrheit von 92 : 89 verabschiedet. Es tritt aber erst zum 1. Januar 1975 in Kraft. Eine solche Regelung hätte auch für die Bundesrepublik ermöglicht werden müssen. Sie hätte vermutlich auch dem Bundesverfassungsgericht die Aufgabe erleichtert.

## Diskussion und Kontroverse

### Das „C“ und die Zukunft der Unionsparteien

*Die Diskussion über das „C“ in den Unionsparteien hat sich, seitdem die CDU/CSU im Bund in der Opposition ist, neu belebt. Handelt es sich dabei um eine Revitalisierung des Christlichen als politische Motivation oder um Nachhutgefechte, die das Ende christlicher Programmatik in der Politik „christlicher“ Parteien ankündigen? Wir haben zwei Publizisten von Rang, Franz Alt (Leiter von Report beim Südwestfunk Baden-Baden) und Rüdiger Altmann (Deutscher Industrie- und Handelstag, Köln), die an entgegengesetzten Flügeln der CDU engagiert sind, gebeten, aus ihrer Sicht dazu Stellung zu nehmen.*

#### Die Unionsparteien brauchen das „C“

Auch bei der jüngsten Landtagswahl in Niedersachsen fiel auf, daß die SPD kaum kirchlich engagierte Wähler verloren und die CDU kaum solche gewonnen hat. Dennoch scheint das Verhältnis der Unionsparteien zu den Kirchen problemlos — das ist das Problem! *Walter Dirks* und *Eberhard Stammler* suchten für ihr problemgeladenes Buch „Warum bleibe ich in der Kirche?“ führende Unionspolitiker als Mitautoren. Sie erhielten Absagen von: Gerhard Schröder, Gerhard Stoltenberg, Franz Josef Strauß, Kai Uwe von Hassel, Bruno Heck und anderen. Dafür schrieben dann Erhard Eppler und Heinz Oskar Vetter! *Helmut Kohl* wünschte kürzlich wieder ein „freundschaft-

lich-kameradschaftliches Verhältnis zu den Kirchen“. Das klingt so, als würde *Willy Brandt* am 1. Mai über das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften reden. Ähnlich unverbindliche Floskeln stehen in allen CDU-Partei-programmen über das „C“ des Parteinamens. Für viele CDU-Politiker hören die Fragen zu den ganz entscheidenden Problemen immer noch da auf, wo sie eigentlich beginnen sollten. Und Grundsatzfragen werden für die CDU um so wichtiger und dringlicher je mehr in der SPD „die Macher“ das Sagen haben!

Doch in den „nichtchristlichen“ Parteien SPD und FDP wird das Verhältnis Staat — Kirche und Parteien — Kirche heute intensiver diskutiert als in den „christlichen“ Parteien. Auch die *Jungdemokraten* scheinen von dem Thema weit mehr fasziniert als die *Junge Union* — bisher zumindest! Die Sprachlosigkeit der Christen in der Union trotz der heftigen Diskussion dieser Fragen ist verblüffend. Das Verhältnis der *Unionsparteien* zu den Kirchen reduziert sich immer mehr auf ein Verhältnis zu den kirchlichen Hierarchien. Dabei sind die Bischöfe beider Kirchen in ihren politischen Äußerungen während der letzten Monate oft progressiver als die Mehrzahl der führenden Unionspolitiker. Zur Erklärung der katholischen Bischöfe „Gegen Gewalt und Terror in der Welt“ vom September 1973 hatte kaum ein Unionspolitiker etwas zu sagen. Nur deshalb, weil dem nichts hinzuzufügen war? Viele CDU-Mitglieder würden noch heute in den katholischen Sozialenzykliken eher eine Sammlung von Lenin-Zitaten als sozialpolitische Erklärungen von Päpsten erkennen, wenn sie diese überhaupt kennen würden. Es scheint auch gar nicht sicher, daß heute der heilige Thomas mit seiner sozia-

len Philosophie oder Paul VI. nach seiner Enzyklika „*Progressio Populorum*“ auch Chancen hätten, in jeden CDU-Kreisverband aufgenommen zu werden.

*Kurt Biedenkopf* hat in seiner Rede in der Katholischen Akademie in Bayern die CDU-Variante von Freiheit, Gleichheit und Solidarität abgegrenzt gegenüber der SPD-Variante von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Das war wichtig, aber es reicht nicht aus für die eigene Standortbestimmung der CDU. Das „C“ darf nicht nur abgegrenzt werden — es bedarf einer Begründung aus sich selbst. *Christlich* könnte schließlich eine Partei nicht genannt werden, die sich lediglich als ein Sammelbecken aller Antisozialisten verstünde.

## Kein Verhältnis zur Theologie

Christlich demokratische Politik muß entweder theologisch reflektiert werden oder das „C“ ist zu streichen. Diese Zeilen sind der Versuch eines theologisch interessierten Nicht-Theologen zur Reflexion. Sie beanspruchen nicht die Autorität des Fachmanns, aber das Recht des betroffenen Zeitgenossen.

Die heutige Unions-Spitze hat immerhin ihr „theoretisches Defizit“ erkannt. Aber womit gleicht sie es denn aus? Fatalerweise bleibt sie bei den Professoren *Helmuth Schelsky* und *Karl Steinbuch* hängen, anstatt konsequent zu Johannes XXIII., zu Nell-Breuning oder zur Bergpredigt durchzustoßen.

Die Union hat es bisher versäumt, die *moderne Theologie* zu verarbeiten. „Theologie der Welt“, „Theologie der Zukunft“, „Theologie der Hoffnung“, „Theologie der Befreiung“ sind für die meisten CDU-Politiker noch immer Fremdworte oder gar verdächtige Abweichungen vom orthodoxen Weg. Nicht daß die CDU die moderne Theologie einfach übernehmen könnte, aber sie ist ihr nicht einmal die Auseinandersetzung wert! Christliche Theologie wird in der Union immer noch als Theologie des Privaten mißverstanden — etwa zur Pflege des eigenen Seelengärtleins — und nicht als politische Theologie begriffen. Die Privatisierung der christlichen Theologie führt jedoch zu gesellschaftspolitischer Unverbindlichkeit, also zum Gegenteil dessen, was Christus gesagt und getan hat. Doch Glaube, Hoffnung und Liebe lassen sich sowenig individualistisch verabsolutieren wie Friede, Freiheit und Gerechtigkeit.

Daß ausgerechnet die Partei, die das „C“ in ihren Namen aufgenommen hat, das Christentum dann, wenn es gesellschaftspolitisch konkret wird, individualisiert, gehört zu den Unbegreiflichkeiten deutscher Nachkriegspolitik. Das war von den Gründern der CDU ganz anders gedacht. Die CDU schuf 1945 und 1949 einen beinahe revolutionären epochalen Anfang. Doch keinem der Nachfolger Adenauers ist es dann gelungen, die Union aus ihrer restaurativen Phase herauszuführen.

In ihrer theologischen Reflexion steht die CDU der siebziger Jahre noch bei der CDU der fünfziger Jahre.

Ein Teil der jungen Generation der Theologieprofessoren — auch der katholischen — steht heute der SPD näher als der CDU oder CSU. Nicht weil sie von den Sozialdemokraten so begeistert wären, sondern weil sie von der CDU so enttäuscht sind. Wenn aber die CDU heute keinen Kontakt zu den jungen Theologen findet, verliert sie ihn morgen bereits zur Amtskirche. Die Entfremdung wäre unvermeidlich. Das „christliche“ Spanien ist dafür ein abschreckendes Beispiel. Im „katholischsten Land Europas“ tobt heute ein Kirchenkampf.

## Gibt es christliche Politik?

Kann Theologie überhaupt die theoretische Basis einer politischen Partei sein? Christus hat ja keine Partei, sondern eine Kirche gegründet. Christus war auch kein Sozialreformer, sondern ein Religionsreformer. Aber: Seine Religion hat soziale Konsequenzen. Wenn es für eine Kirche schon schwierig ist, der ständigen Provokation des „C“ ausgesetzt zu sein, um wieviel mehr dann für eine politische Partei! Nun hat sich aber die Union nach 1945 für das „C“ entschieden. Dazu wurde sie von niemanden gezwungen. Deshalb muß sie selbst immer wieder kritisch ihre eigene Politik auf den Anspruch des „C“ abklopfen und sich entsprechende Fragen von außen und innen gefallen lassen.

Was heißt denn *christlich* in der Politik? Ist das lediglich ein Kulturbegriff oder steckt dahinter eine theologische Intention? Wenn nur Kulturbegriff, dann wäre eine christliche Partei ein Sammelbecken zur Wahrung der Werte, die das christliche Abendland geschaffen hat. Dieser musealen Partei müßte es dann vor allem um die Erhaltung oder Restauration des status quo gehen. Wenn aber „christlich“ theologisch verstanden wird, dann muß das auch in der Politik heißen: Glaube, Hoffnung, Liebe.

Der *Glaube* bewirkt das Gottesbild; der christliche Glaube das Bild des Gottes der vollkommenen und unendlichen Liebe. Der christliche Gott ist kein Gott des Gesetzes, sondern ein Gott der Liebe. Von diesem Gottesbild ist das Menschenbild eines Christen nicht zu trennen. Wenn Gott den Menschen nach seinem Bild geschaffen hat, dann hat das Gottesbild eines Christen anthropologische Konsequenzen. Davon hängt dann ganz korrekt eine „Politik für die Menschen“ ab. Gottesliebe und Nächstenliebe sind im Christentum nicht zu trennen. Das ist spezifisch christlich. Schon deshalb ist christliche Theologie auch immer politische Theologie.

Das Prinzip *Hoffnung* scheint vielen Konservativen schon deshalb verdächtig, weil es hier Parallelen zwischen moderner Theologie und neomarxistischer Philosophie gibt. (Zwischen dem Theologen *Johann Baptist Metz* und dem Marxisten *Ernst Bloch* zum Beispiel!) Aber: Das christliche Prinzip Hoffnung müßte einem Politiker doch helfen gegen Verzweiflung und Resignation, gegen Kleinmut und

Angst, gegen Sadismus und Arroganz in der Politik. Christliches Hoffen heißt auch wissen, daß in der Politik nicht alles machbar und nicht alles planbar ist. Diese Einsicht in die Endlichkeit politischen Tuns und in die Relativität politischer Erfolge darf aber nicht zum Alibi für Plan- und Ziellosigkeit werden. Hoffnung erfordert realistische Planung, manchmal ist sie sogar Voraussetzung für utopische Planung. Das Prinzip Hoffnung bringt den Christen in der Politik vielleicht sogar der Tugend der Geduld ein wenig näher. Wer heute in der Bildungspolitik wirklich Reformen will, die diesen Namen verdienen, braucht Geduld. Mit etwas mehr Geduld der Kultusminister (aller Parteien!) wäre das Fiasko der Mengenlehre vermeidbar gewesen. Wo hoffnungsvolle Geduld in der Politik fehlt, wird Reformismus praktiziert, werden Reformen verhindert. Für Politiker, die unter dem Prinzip Hoffnung Politik machen, kann das Wort „gesellschaftsverändernd“ kein Schimpfwort sein.

Die *Liebe* schließlich ist Ansporn für Solidarität und das Bemühen um mehr soziale Gerechtigkeit. Neutestamentliche Liebe ist immer politisch. Bloße Herzensneigung kann die sublimste Form von Egoismus sein. Das Christentum ist keine Religion des Gesetzes, sondern eine Religion der Liebe. Das muß Konsequenzen für alle Bereiche der Politik haben: für die Rechtspolitik, die Kulturpolitik, die Sozial-, die Wirtschafts- und die Außenpolitik. Solange das revolutionäre christliche Prinzip der Liebe nicht Eingang findet in das politische Handeln der Christen, solange bleibt die CDU eine unchristliche Partei. Helmut Kohl hat kürzlich gesagt, die Bundesrepublik müsse ein *sozialer Modellstaat* werden. Gut! Das ist immerhin ein Ansatz für eine glaubwürdige christlich-demokratische Politik. Die Deckungsgleichheit zwischen Moral und Politik wird selten erreicht werden können, aber sie muß immer angestrebt werden, wenn die Politik der CDU glaubwürdig sein soll. Doch dieses Bemühen dringt heute nicht durch; das „C“ nimmt der Union kaum noch einer ab. Sensibilität für Unterprivilegierte hat die Union für lange Zeit den Jungsozialisten überlassen! Um deutlicher zu werden: Im Strafrecht dürfte es für christliche Demokraten doch keinen Rachedenken geben. In der Strafrechtsreform müßte die CDU am aktivsten sein; doch in Wahrheit bremst sie ängstlich. Die CDU müßte längst für eine Reform des Begnadigungsrechts für Lebenslängliche eintreten. Doch der CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat die jetzt bestehende inhumane und vordemokratische Praxis kürzlich wieder gerechtfertigt. Amnesty International hätte doch von der CDU und der Jungen Union kommen müssen! Umweltschutz — eine primär konservative Aufgabe — wurde erst entdeckt, als der technische Fortschritt über die Menschen bereits Orgien feierte. Wo blieb da das christliche Menschenbild? Wo die Liebe in der Politik?

Natürlich klingen die christlichen Postulate Glaube, Hoffnung, Liebe heute eher „fromm“ als politisch motivierend.

Das ist eben das Ergebnis einer unreflektierten Theologie, der Theologie des Privaten. Die CDU hat bis heute noch nicht einmal ein Gespür für eine politische Theologie entwickelt. Es ist schlimm, daß in der CDU oft unchristlich argumentiert wird; schlimmer aber ist das gute Gewissen, mit dem das geschieht. Unchristliche Argumente fallen im CDU-Milieu kaum auf.

Dafür zwei Beispiele: Erstens: Der hysterische Aufschrei in der Union, als *Heinrich Böll* den christlichen Versuch machte, nach den Motiven von *Ulrike Meinhoff* zu fragen. Böll wurde in vielen konservativen Kreisen verächtlich „Moralist“ genannt. Wo bleibt denn die moralische Glaubwürdigkeit der Partei mit dem höchsten moralischen Anspruch, wenn für viele ihrer Mitglieder moralisches Handeln synonym ist mit Schwäche oder gar Kumpanei, wenn „moralisch“ schließlich zum Schimpfwort wird? Als ob die Frage nach den Motiven schon gleichbedeutend wäre einem Akzeptieren der Mittel! Wo bleibt denn hier die christliche Gabe der Unterscheidung der Geister? Zweitens: Die CDU gibt sich momentan gern als die *Partei der Verfassung*. Das ist grundsätzlich ein löbliches Unterfangen. Aber warum tut sich die CDU dann so schwer gegenüber Chileflüchtlingen? Erst nach tausenden Wenn und Aber wurde für diese politisch Andersdenkenden der Artikel 16 des Grundgesetzes akzeptiert!

### Feindesliebe in der Politik?

Die Feindesliebe ist 2000 Jahre nach Christus für Christen in der Politik wie im Privatleben noch immer ein zu schwieriges Geschäft. Aber gelingen müßte wenigstens das Fragen nach den Motiven des politischen Gegners. „Liebet Eure Feinde“ gelingt dann vielleicht auch einmal in den nächsten 2000 Jahren. „Liebet Eure Feinde“ ist heute noch Utopie. Aber „Versteht Eure Gegner“ müßte in einer Partei mit dem „C“ im Namen wenigstens versucht werden. Darin ist die moderne Psychologie oft „christlicher“ als die christlichen Kirchen oder die christlichen Parteien. Ein Christ in der Politik sollte öfter als andere nachfragen: Warum tut einer das so oder so? Warum sagt er das so oder so? Und vor allem: Wie meint er das wirklich?

Die Gefahr, *Randgruppen* unserer Gesellschaft abzustößen und ins Getto oder in den Untergrund zu drängen, wäre geringer, wenn die vielen Christen in der deutschen Politik mehr integrierend und weniger desintegrierend wirken würden. Der Stifter der Religion, auf den Christen sich berufen, nahm auf und wies nicht von sich. Eine glaubwürdige CDU muß mehr fragen, hinhören, verstehen, urteilen aber weniger verurteilen. Eine glaubwürdige christlich-demokratische Politik sollte sich in Zukunft vielleicht an folgenden Perspektiven orientieren:

1. Christliche Kirchen können sich so wenig mit einer politischen Partei identifizieren — wie sich die CDU mit den Kirchen identifizieren kann. Kirchen müssen grundsätzlich *parteienkritisch* — Parteien grundsätzlich *kirchenkritisch* sein. Kirchen und Unionsparteien brauchen eine neue Nähe zueinander, aber keine Übereinstimmung in politischen Tagesfragen. Eine Schein-Identität von „C“-Parteien und C-Kirchen würde nur die Identitätskrise beider Institutionen unterstreichen.

2. Die Union hat *in ihrem Verhältnis zu den Kirchen Nachholbedarf*: Das Minimum an Aufarbeitung gegenüber der evangelischen Kirche müßte das Beschäftigen mit den Denkschriften zur Ostpolitik sein, gegenüber der katholischen Kirche die Auseinandersetzung mit den gesellschaftspolitisch wichtigen Konzilstexten, auch das Wiederentdecken der katholischen Soziallehre.

3. Die Union muß nicht nur zu den Amtskirchen ein neues *sachliches Verhältnis* suchen, sie muß in einen grundsätzlichen Dialog mit der neueren Theologie beider Konfessionen eintreten.

4. Die CDU wird nur dann Regierungspartei von morgen sein, wenn sie gegenüber den Polarisierern von links und rechts als *offene Partei* die offene Gesellschaft mit den Wesensmerkmalen Toleranz und Solidarität zu verwirklichen sucht.

5. Die CDU muß Randgruppen integrieren und darf sie nicht abstoßen. *Feindbilder* sind ein Charakteristikum achristlicher Politik.

6. Christlich-demokratische Politik muß den vom Altliberalismus konstruierten Gegensatz zwischen „Mehr Freiheit“ und „Mehr Gerechtigkeit“ durch das christliche Prinzip der *Solidarität* überwinden. Individual- und Sozialethik sind nicht Widerspruch, sondern Ergänzung.

7. Christlich-demokratische Politik kann sich nicht mit der *quantitativen Veränderung* der Gesellschaft zufriedengeben, sie muß vielmehr ständig deren *qualitative Verbesserung* anstreben. Es kann nicht allen gleich ergehen, aber vielen besser.

8. Christlich-demokratische Politik darf nicht länger auf dem linken Auge blind sein. Die Totalität eines politischen Problems erkennen grenzt ab gegen ideologische Einäugigkeit und Beschränktheit.

Eine homogene christliche Gesellschaft wird es künftig nicht mehr geben (auch die „christliche“ Gesellschaft des Mittelalters war sehr profan!). Aber es ist christlich, sich für eine pluralistische Gesellschaft einzusetzen, in der christliche Tugenden für Christen und Nichtchristen erstrebenswert, interessant oder zumindest provokativ sind. Die CDU müßte eigentlich die aufregendste, dynamischste und interessanteste Partei sein. Doch alles hängt von der Glaubwürdigkeit derer ab, die christliche Ideen vertreten, privat wie in der Politik.

*Kurt Georg Kiesinger* hatte schon richtig erkannt: „Nur wenn wir geistig führen, werden wir die politische Füh-

rung wiedergewinnen!“ Doch weder er noch seine Nachfolger haben aus dieser richtigen Erkenntnis die notwendigen Konsequenzen gezogen. *Helmut Kohl* versucht es immerhin — dringt aber an der Basis (noch) nicht durch! Die CDU krankt bis heute an einer grenzenlosen intellektuellen Konzeptionslosigkeit. Sie schämt sich beinahe ihres eigenen Ahlener Programms, das Adenauer einst als einen „Markstein der deutschen Geschichte“ bezeichnet hat. Sie leugnet das „C“ und will es doch nicht streichen. Der CDU fehlt die politische Perspektive. Sie hat keinen Cheftheoretiker; die Partei bräuchte neben dem politischen Generalsekretär einen „Generalsekretär für Theorie“, sozusagen einen „theologischen Biedenkopf“.

Franz Alt

## Kann die CDU noch eine christliche Partei sein?

Die Frage nach dem christlichen Charakter der CDU ist während der letzten Jahre, trotz intensiver parteiinterner Auseinandersetzungen über Grundsätze und Praxis ihrer Politik, immer weniger gestellt worden. Das ist erstaunlich, bedenkt man die angestregten Diskussionen, die noch Ende der fünfziger Jahre über dieses Thema geführt wurden.

### Christliche Parteien im Rückgang

Begreift sich die CDU/CSU noch als *christliche* Partei? Und was versteht sie darunter? Ist das „hohe C“ nur noch eine dekorative Antiquität?

Es ist zweifelhaft, ob die Unionsparteien noch daran interessiert sind, die Auseinandersetzungen von damals wieder aufzunehmen. Wahrscheinlich tun sie auch recht daran. Denn das christliche Parteiwesen ist in ganz Europa im Rückgang begriffen. Auch in Italien ist die jüngste Volksabstimmung für oder gegen das Ehescheidungsgesetz eher ein Symptom für den fortschreitenden Zerfall der *Democrazia Cristiana* gewesen als für die Bedeutung religiöser Überzeugungen in der Politik.

Die jüngsten parlamentarischen Auseinandersetzungen um den § 218 sind kein Gegenbeweis. Die Opposition gegen die Fristenlösung und die erweiterte Indikation entsprach zwar den ethischen Prinzipien der christlichen Kirchen. Aber es gab auch in der SPD aus diesem Grunde Gegner des Regierungsentwurfs, und das Gefecht in der öffentlichen Meinung selbst entsprach eher dem pluralistischen Charakter unserer Gesellschaft als einem christlich-dialogischen Dualismus zwischen Regierungskoalition und Opposition.

Übrigens ist die Abschwächung und das Verschwinden des christlichen Parteiwesens nicht unbedingt ein Zeichen der

Schwäche. Zumal die CDU/CSU hat bekanntlich mit ihrem neuen Parteinamen als Union der Christen zweierlei betonen wollen:

nämlich sowohl das *Bekenntnis zu einer christlichen Ethik* im Gegensatz zur Ideologie des Dritten Reiches wie die endgültige *Überwindung des Konfessionalismus* in der deutschen Politik. Denn noch in der Weimarer Demokratie hatte der Protestantismus, soweit er sich politisch organisierte, im Lager des antidemokratischen Konservatismus gestanden. Das Zentrum hingegen spielte eine zentrale Rolle als Moderator des damaligen parlamentarischen Systems.

Erst in der Verfolgung und im Widerstand während des Dritten Reiches war man sich nähergekommen, und damals, 1946, im Sinne der sogenannten Bewältigung der Vergangenheit, wollte die Union der Christen eine Barriere gegen die Wiederkehr der Diktatur sein.

Bis dahin gab es in Europa nur *konfessionelle Parteien*. Sie waren meistens katholisch. Ohne Zweifel spiegelte sich in ihnen die Spannung zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem nicht-katholischen Staat, sei es der laizistischen Republik, sei es der protestantisch gefärbten Republik. Um so weniger die Kirche und das Papsttum selbst in die innere Politik der Staaten eingreifen konnte, um so wichtiger war es, über ein Parteiwesen zu verfügen, das von Rom aus doch wesentlich als Instrument der vaticanischen Politik begriffen wurde.

Das galt auch für das *Zentrum*, seinen Aufstieg und auch seine Tragik. Denn in der Geschichte des Zentrums zeigt sich, wie allmählich eine neue Komponente den Charakter der Konfessionspartei veränderte. Ursprünglich bestand seine traditionelle Rolle darin, den katholischen Volksteil im Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu aktivieren. Aber nach dem Ersten Weltkrieg mußte der deutsche Katholizismus diese Aufgabe nicht nur in das neue Parteiensystem, sondern auch in eine neue gesellschaftlich-politische Rolle integrieren: den Pluralismus der organisierten gesellschaftlichen Interessen.

Dieser Wandel hatte sich freilich schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts angekündigt. Er war auch im Vatikan nicht unbemerkt geblieben. Der entscheidende Beweis dafür ist die Verkündigung der Sozial-Enzyklika durch Papst Leo XIII. Aber schon eine Generation vorher hat ein römischer Kardinal, obwohl selbst fürstlicher Herkunft bemerkt: „Wir haben unsere ganze Sache auf die Völker gestellt. Mit Monarchie rechnen wir nicht mehr.“

Allerdings rechneten weder die vaticanische Politik noch die Führer des Zentrums mit der Schnelligkeit, in der der neue *Sozialkatholizismus* mit seinen teils konservativen, teils aber auch liberalen Schattierungen in diesen Entfaltungsprozeß des modernen gesellschaftlichen Pluralismus hineingezogen wurde. Das Zentrum selbst wurde eine Partei mit opportunistischem Profil und konfessioneller

Brille, trotz so integrierender Führerpersönlichkeit wie *Heinrich Brüning* keinen imponierenden Anblick mehr.

So erwies sich der deutsche Katholizismus und sein Vereinswesen, von dem damaligen Nuntius *Pacelli* gegen Ende der Weimarer Republik noch als „acies bene ordinata“ bezeichnet, 1933 als verbrauchter, als man später wahrhaben wollte.

Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg hat diese Entwicklung nicht rückgängig gemacht. Das katholische Vereinswesen hat seine ehemals größere gesellschaftliche Bedeutung nicht wiedergewinnen können. Heute erfüllt es eher seine Aufgabe als Organisationsgerüst der Pfarrei. Der soziale Katholizismus, ähnlich wie der Existentialismus aus dem Deutschland der zwanziger Jahre stammend, war in Frankreich brillant, in der Bundesrepublik durchaus mittelmäßig vertreten. Er sieht sich heute auf seine innerkirchliche Bedeutung verwiesen, auch dort überholt von der sogenannten neuen Theologie.

Das wirklich Produktive war in der Tat die Gründung einer interkonfessionellen, überparitätischen Partei, die bekanntlich gerade aus diesem Charakter die Kraft zu einem bis heute tragenden sozialen Kompromiß gefunden hat.

## Neue Bindungen an die Kirche entstanden nicht

Dieses historische Verdienst sollte nicht bestritten werden. Aber gerade darin steckt auch die Tatsache, daß *die Begründung der CDU/CSU das Ende des konfessionellen, also des traditionellen christlichen Parteiwesens* in der Bundesrepublik eingeleitet hat.

Und die *Kirchenfrage*? War es nicht in der Ära Adenauer noch durchaus üblich, Wahl-Hirtenbriefe des katholischen Episkopats von der Kanzel zu verlesen, während der Präsidentensessel des Bundestages einem Oberkirchenrat der evangelischen Kirche vorbehalten zu sein schien?

Es ist richtig, daß Kirche und Katholizismus damals noch fast geschlossen für die Unionsparteien optiert haben, desgleichen die entscheidenden Gruppen des konservativeren Protestantismus.

Aber Bindungen an die Kirchen, wie sie zum Beispiel für das Zentrum der Weimarer Republik noch selbstverständlich waren, sind daraus nicht erwachsen. Die Unionsparteien nahmen selbstverständlich auch die Interessen der Kirchen wahr, sei es im Schulwesen, sei es in Moralfragen. Aber es war nicht mehr zu übersehen, daß diese kirchlichen Interessen nur ein Teil des gesellschaftlichen Pluralismus waren, der sich im Lager der CDU/CSU versammelte, und der Kompromiß zwischen allen diesen Interessen war sehr bald wichtiger als das, was die Kirchen über ihren engeren Bereich hinaus zu sagen hatten. So ist das Schicksal des Ahlener Programms der CDU auch die

Geschichte des schwindenden Einflusses der katholischen Soziallehre auf die CDU gewesen. Denn inzwischen hatte sich Ludwig Erhard mit seiner Ideologie und Praxis der sozialen Marktwirtschaft durchgesetzt, wohlgerichtet im Kampf gegen die Sozialisten. Die Soziallehre hat innerlich wohl nie beschäftigt.

Damals wie heute kam von Gruppen beider Konfessionen die Klage, in solchem Schwinden des christlichen Einflusses drücke sich eine *Fehlentwicklung* der Unionsparteien aus, der Sieg des Opportunismus über die Prinzipien der christlichen Demokratie, sozialökonomischer Materialismus habe die Chance des geistigen Neubeginns verdrängt.

Angesichts zahlreicher Schwächen der CDU/CSU klingen solche Klagen zunächst ganz gut. Aber sie lassen auch rasch die Schwächen derjenigen erkennen, die sie vortragen. Denn der Beitrag, der aus dem Lager der Kirchen für Theorie und Praxis der modernen Politik gekommen ist, bleibt auch dann gering, wenn man den Mühen derer, die sich an „Konzepten“ versucht haben, die gebührende Achtung zollt.

Kann man zum Beispiel die Protagonisten der Sozialausschüsse der CDU von Sozialdemokraten unterscheiden? Auch aus der bisweilen etwas heterogenen Versammlung derer, die sich aus Mitbestimmung, Umweltschutz, Bildungsreform, Entwicklungshilfe und Entspannung mit den Sowjets ein Programm christlicher Erneuerung basteln möchten, ist nichts gekommen, woraus eine christlich motivierte CDU eine erfolgreiche Politik entwerfen könnte.

Werfen wir kurz einen Blick auf die *Rolle christlicher Politiker in der Sozialdemokratie*: Es bedarf wohl keines statistischen Beweises, um zu behaupten, daß eine große Zahl engagierter Katholiken und Protestanten heute aktive Sozialdemokraten sind. Die Parteiführung selbst begrüßt, aus welchen Gründen auch immer, die Mitarbeit von einzelnen Gruppen aus dem christlichen Lager. Eingebacht hat sie nicht allzuviel. *Gustav Heinemann*, der staatsverachtende und gewissenüberzeugte Gegner der Adenauerschen Politik, ist im Lager der SPD gelandet, ohne viel Aufhebens von seinen christlichen Motiven machen zu können. Nicht einmal das Amt des Bundespräsidenten hat ihm größere Gelegenheit dazu gegeben.

In der Tat, die Kirchen haben *nicht mehr die Kraft, konfessionsgebundene Wählergruppen in breiterem Umfang für eine Partei zu mobilisieren*. Für die innere Einstellung der die Wahlen entscheidenden Bürger ist es heute weniger interessant, ob sie katholisch oder evangelisch sind, sondern ob sie für eine sozialistische Partei oder eine liberal-konservative optieren. Um es im Blick auf das vorige Jahrhundert zu sagen: In der inneren Politik sind die Kirchen nicht mehr Partei. Sie sollen es auch nicht mehr sein.

## Gegenbewegung aus der Neuen Theologie

Freilich, und das darf in einer solchen Betrachtung nicht verschwiegen werden, gibt es eine Gegenbewegung. Sie ist nur schwer auf einen ideologischen oder soziologischen Nenner zu bringen. Diese Gegenbewegung speist sich aus dem Lager beider Kirchen. Nennen wir sie *Neue Theologie*.

Die Neue Theologie trägt diesen Namen nur deshalb mit Recht, weil ihre agilsten Vertreter der Überzeugung sind, daß sie theologisch argumentieren. In Wirklichkeit spielen dabei soziologische Betrachtungsmethoden, marxistische und utopistische Sozialismen, auch der chronisch gewordene Reformismus eine wichtige Rolle als die eigentliche theologische Motivation. Immerhin, der Titel „Neue Theologie“ läßt sich akzeptieren. Er deutet auch sehr gut die neue Fragestellung an, die von diesen Gruppen aufgeworfen wird: nicht mehr um die christlichen Parteien alten Stils geht es, schon gar nicht um die CDU/CSU, sondern darum, daß die Kirche selbst zur Partei wird, daß — Hierarchie hin oder her — aus den Kirchen eine neue ideologische Dynamik entspringt, die den Kapitalismus beseitigt, die alten gesellschaftlichen Systeme revolutionierend verändert, die sich nicht mehr an Staat und Wirtschaft bindet, sondern sich nur noch den Strukturen einer kommenden Welt verpflichtet weiß.

Wird von diesen Gruppierungen eine Erneuerung des christlichen Parteiwesens oder auch nur eine Revitalisierung christlicher Prinzipien in der Politik zu erwarten sein? Die Frage stellen heißt sie verneinen. Die Gruppen der Neuen Theologie versammeln sich im Lager des Sozialismus. Dort werden sie eingeschmolzen, und zwar ohne jede Chance auf Autonomie. Aber werden sie wenigstens den Binnenraum der Kirchen politisieren? Versuche dieser Art sind im Gange, innerhalb der Orden, in den Beziehungen zwischen Hierarchie und niederem Klerus, seltener in den Gemeinden.

Eine Entscheidung kann nur innerhalb der *Gemeinden* fallen, nur hier kann die neue Theologie als politische Theologie Fleisch annehmen, sonst bleibt es bei der Makulatur. Für die Politik selbst aber spielt auch diese Auseinandersetzung keine Rolle mehr. Die Kirchen werden niemals mehr Partei werden. Was bleibt, ist die Möglichkeit, daß überzeugte Christen als einzelne und als Gruppen ihr Engagement in den bestehenden Parteien wagen. Denn es ist ein Wagnis, in der größer gewordenen Spannung zwischen den selbstgewollten Sachzwängen der Gesellschaft, ihrem ökonomischen Existenzkampf, ihrem unlösbaren Kulturkonflikt auf der einen und der christlichen Offenbarung auf der anderen Seite handelnd so hervorzutreten, daß man sich als Christ rechtfertigen kann, vielleicht gar, daß andere sich ein christliches Beispiel daran nehmen können.

Rüdiger Altmann